



**N I E D E R S C H R I F T**  
**über die 19. Sitzung des Stadtrates der Stadt Schleusingen**  
**am Dienstag, 27. November 2012**

**Beginn:** 18:00 Uhr

**Ende:** 21:00 Uhr

**Ort:** Beratungsraum Feuerwehrgerätehaus, Prof.-Franke-Platz 2, Schleusingen

**Anwesend waren:**

**1. die Stadtratsmitglieder:**

Klaus Brodführer, Bürgermeister	(CDU)		
Henry Bühner, Beigeordneter	(CDU)	Marianne Didschuneit	(SPD)
Jürgen Weiß	(CDU)	Dr. Ralf Werneburg	(SPD)
Petra Klett	(CDU)	Reinhard Hotop	(SPD)
Thomas Amarell	(CDU)	Thomas Vollmar	(FDP) - ab 18:55 Uhr
Olaf Dobberkau	(CDU)	Peter Schlütter	(Die Linke)
Andreas Mastaler	(CDU)	Klaus-Peter Heinrich	(Die Linke)
Heiko Heß	(CDU)	Adelbert Schlütter	(Die Linke)
Mathias Eckardt	(CDU)	Rüdiger Frenzel	(FWG)
Johannes Hahn	(CDU)	Werner Neumann	(FWG)

**Entschuldigungen liegen vor von :**

Siegfried Heurich (CDU) – dienstlich verhindert  
 Walter Filster (CDU) - erkrankt

Udo Zitzmann – OTB Heckengereuth

**2. anwesend von der Verwaltung:**

Carmen Imber (Schriftführerin)  
 Heike Ammon (Kämmerin)  
 Yuko Filster (Mitarb. Recht)  
 Michael Mitulla (Bauamtsleiter)  
 Sebastian Fleischmann (Hauptamtsleiter)

**3. anwesende Ortsteilbürgermeister**

Heiko Heß - OT Geisenhöhn  
 Heiko Weigmann - OT Gottfriedsberg  
 Werner Neumann – OT Gethles

**4. Gäste im öffentlichen Teil**

Lokalredakteurin „Freies Wort“  
 3 Gäste

**5. geladene Gäste :**

Hartmut Klose - Geschäftsführer Wohnungsgesellschaft mbH (zu TOP 16)  
 Karen Thimel – Jugendsozialarbeiterin in der Wiesenbauschule (zu TOP 2)  
 Jens Eberhardt – Revierförster u. Manuela Kupz – Forstamt Schönbrunn (zu TOP 3)

Tagesordnung:

**I. Öffentliche Sitzung:**

1. Genehmigung zur letzten Niederschrift des Stadtrates vom 25.9.2012
2. Bericht der Jugendsozialarbeiterin zur Jugendarbeit in der Wiesenbauschule
3. Waldbewirtschaftungsplan 2013
4. Jahresantrag Städtebaufördermittel 2013
5. Nachtragshaushalt für das Jahr 2013
6. Mitgliedschaft im ZV KET (Kommunaler Energiezweckverband Thüringen)
7. Rückabwicklung Vorhabenbezogener Bebauungsplan Wohnheim „Haus Bienenkorb“ Rappelsdorf
8. Beteiligungsbericht
9. Ergänzungssatzung „Alter Silbacher Weg“
10. Beschluss zur beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahme „Ausbau Straße des Friedens“
11. Beschluss zur beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahme „Ausbau Haardtstraße“
12. Bestätigung über- u. außerplanmäßiger Kosten
13. Zweckvereinbarung Standesamt
14. Hinweise der Ortsteilbürgermeister
15. Informationen des Bürgermeisters

**II. Nichtöffentliche Sitzung:**

16. Gesellschafterversammlung mit Entlastung Wohnungsgesellschaft für das Jahr 2011
17. Auftragsvergaben
18. Grundstücksangelegenheiten
19. Verwaltungs- u. Personalangelegenheiten

Durch den Bürgermeister wird die 19. Sitzung eröffnet und die Beschlussfähigkeit festgestellt. Die vorliegende Tagesordnung wurde in der Hauptausschusssitzung am 15.11. festgelegt u. bestätigt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass am 21.11.2012 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD u. Die Linke zur Beantwortung von Fragen zum Standesamt im Stadtrat eingegangen ist.

Hierzu wird ausgeführt, dass der Antrag zu spät eingegangen ist, da die Tagesordnung seit 15.11. (Hauptausschusssitzung) festlag. Weiterhin sind gemäß Geschäftsordnung Anträge durch die Fraktionsvorsitzenden zu unterzeichnen. Da jedoch die Ratsmitglieder Hotop u. Heinrich den Antrag unterzeichnet haben, hätten alle anderen Fraktionsmitglieder mit unterzeichnen müssen.

Der Antrag kann somit erst als TOP in der nächsten Stadtratssitzung behandelt werden. Der Bürgermeister kommentiert hierzu die Thüringer Kommunalordnung u. weist darauf hin, dass der Stadtrat sachlich nicht für das Standesamt zuständig ist.

Dem Einwand vom 21.11.2012 der Fraktionen der SPD und der Partei Die Linke zur Niederschrift der Stadtratssitzung vom 25.09.2012 zu TOP 14 kann nicht mehr abgeholfen werden, da gemäß 14 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Einspruch 5 Tage nach Zugang der Niederschrift erfolgen muss. Die Niederschrift der Ratssitzung vom 25.09. wurde am 04.10.2012 ins Intranet zur Einsichtnahme für die Stadträte gestellt.

gefasste Beschlüsse:

Beschluss-Nr.:

<b>45/218/2012</b>	. Bestätigung der Niederschrift Stadtratssitzung vom 25.9.2012
<b>46/219/2012</b>	. Waldbewirtschaftungsplan 2013
<b>47/220/2012</b>	. Städtebaufördermittel für 2013
<b>48/221/2012</b>	. Nachtragshaushalt 2013
<b>49/222/2012</b>	. 1. Nachtrag des Finanzplanes 2012-2016
<b>50/223/2012</b>	. Ablehnung Beitritt zum Kommun. Energiezweckverband Thür.
<b>51/224/2012</b>	. Beteiligungsbericht für das Jahr 2011
<b>52/225/2012</b>	. Ergänzungssatzung „Alter Silbacher Weg“
<b>53/226/2012</b>	. Ausbau Straße des Friedens
<b>54/227/2012</b>	. Ausbau Haardtstraße
<b>55/228/2012</b>	. Bestätigung überplanm. Kosten für Kreisumlage
<b>56/229/2012</b>	. Zweckvereinbarung Standesamt mit St. Kilian u. Nahetal-Waldau
<b>57/230/2012</b>	. Gesellschafterversammlung mit Entlastung Wohnungsgesell. für 2011

**Tagesordnungspunkt 1:** - - *Genehmigung Stadtratsniederschrift vom 25.9.2012 –*

**Beschluss-Nr. 45/218/2012**

Der Stadtrat bestätigt die vorliegende Niederschrift der Stadtratssitzung vom 25.09.2012.

Der Beschluss wird mit 2 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen u. 14 Für-Stimmen gefasst.

**Tagesordnungspunkt 2:** - *Bericht zur Jugendarbeit Wiesenbauschule –*

Durch die Jugendsozialarbeiterin Frau Karen Thimel wird ein Bericht zur Jugendarbeit in der Wiesenbauschule Schleusingen gegeben.

Die Stelle der Jugendsozialarbeiterin wird mit 90 % vom Land Thüringen gefördert; die Stadt Schleusingen zahlt 10 % Lohnkosten sowie die gesamten Betriebskosten für die Wiesenbauschule.

Seit 3 Jahren ist Frau Thimel für die Jugendsozialarbeit in Schleusingen zuständig. Jugendliche von 6-27 Jahren aus Schleusingen u. den umliegenden Gemeinden besuchen den Freizeittreff.

In Schleusingen u. Umgebung gibt es 208 Kinder unter 6 Jahren, von 6-15 Jahren gibt es statistisch gesehen 345 Kinder u. der Anteil im Alter von 15-27 Jahren liegt bei ca. 300 Jugendlichen.

Die Öffnungszeiten des Jugendzentrums ist von Dienstag-Freitag 13-20 Uhr u. Samstag 14-20 Uhr. Vorstandsmitglieder u. einige autorisierte Jugendliche haben Schlüssel zum Gebäude u. die Möglichkeit, auch zu anderen Zeiten die Räume ohne Anwesenheit der Jugendsozialarbeiterin zu nutzen.

Durch Frau Thimel werden die Angebote in der Wiesenbauschule dargestellt, u. a.

- Bistrobetrieb
- LAN-Partys
- Töpfern, Kochen, Backen, Basteln, Gesellschaftsspiele
- Gesprächsangebote mit Jugendlichen u. Eltern bei Sorgen u. Mobbing

Eine Zusammenarbeit erfolgt u. a.

- mit der Stadt Schleusingen u. dem Bauhof
- dem Jugendamt u. Kreisjugendring

Das Präventionsprojekt „Durchblick“ wird an Schulen im Landkreis Hildburghausen praktiziert.

Die Räume des Jugendtreffs in der Wiesenbauschule werden weiterhin genutzt durch:

- den Frauenchor Slusia
- der Volkshochschule Hildburghausen
- zur Drogenberatung
- für Ausstellungen

Frau Thimel gibt einen Überblick über die von ihr zu erledigenden Büroarbeiten.

Durch Stadtrat A. Schlütter erfolgt die Anfrage, wieviel Jugendliche den Jugendtreff täglich nutzen. Ca. 10 Jugendliche nutzen täglich die Wiesenbauschule.

Herr Stadtrat Heinrich spricht an, dass in Zusammenarbeit mit dem im Gebäude befindlichem Tina-Treff ein generationsübergreifendes Projekt getätigt werden könnte.

Der Bürgermeister kritisiert, dass die Stadt Schleusingen als Eigentümer des Gebäudes keinen Schlüssel besitzt u. somit Wartungsarbeiten u. Zählerablesung nur erschwert möglich ist. Dies ist ein unduldsamer Zustand.

Weiterhin gibt es seit 1 Jahr keinen gültigen Vertrag zwischen Jugendzentrum u. Stadt, da der Vertrag durch die Vereinsvorsitzende nicht unterzeichnet wurde. Dies erhebt die Frage nach Haftungsregelungen, wenn kein gültiger Vertrag existiert  
Einerseits zahlt die Stadt die Betriebskosten als Zuschuss an den Verein für das Objekt, zum anderen erfolgt jedoch keine Offenlegung der Finanzen durch den Verein.

Ein weiteres Problem wird hinsichtlich des fehlenden Schlüssels bei einem möglichen Feuerwehreinsatz angesprochen.

Der Bericht der Jugendsozialarbeiterin Frau Thimel wird durch den Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

### **Tagesordnungspunkt 3: - Waldbewirtschaftungsplan 2013 –**

Der Revierförster Jens Eberhardt erläutert anhand einer Präsentation den Waldbewirtschaftungsplan für das Jahr 2013 für den Kommunalwald Schleusingen und stellt gleichzeitig eine Inventur der Waldbestände mit Planung für die nächsten 10 Jahre dar.

Im Holzverkauf konnten im laufenden Jahr 277 T€ Einnahmen erzielt werden; damit ist das anvisierte Erlösziel für 2012 finanziell erreicht. An Einnahmen aus Verkauf sind im Jahr 2013 284 T€ im Ansatz geplant.

Insgesamt 540 € Fördermittel sind im Jahresplan 2013 enthalten.

Für 2013 ist der Wegeneubau in der Flur Rappelsdorf – Gethles über die „Kuppe“ mit 9.500 € geplant. Da bisher kein Weg existierte, mussten private Flächen befahren werden.

Die Beförsterungskosten im Rahmen der Verwaltungskosten des Forstamtes sind mit 32.350 € im Haushaltsplan 2013 des Thür. Forstamtes Schönbrunn für das Revier Schleusingen eingestellt.

Weiterhin ist im Frühjahr 2013 der Baumausschnitt im Bereich Kohlberg-Kaffeeplatz vorgesehen.

***(Anmerkung zur Niederschrift: Stadtrat Vollmar nimmt zu diesem Zeitpunkt um 18:55 Uhr an der Sitzung teil.)***

Die gesamte Fläche des Kommunalwaldes Schleusingen befindet sich im Landschaftsschutzgebiet „Kleiner Thüringer Wald“ bzw. im „Hildburghäuser Wald“. Von der Gesamtfläche befinden sich ca. 6.4 ha im Naturschutzgebiet „Stäte“. Die Gesamtfläche des Kommunalwaldes umfasst 685 ha. Die Wildschäden durch Rotwild haben erheblich zugenommen; daher sind mittelfristig Mindereinnahmen durch die Holzentwertung durch Wildverbiss u. Schältschäden zu erwarten. Vor 14 Tagen erfolgte eine gemeinsame Jagd mit den Jagdpächtern, da bezüglich der Wilddichte beim Rotwild dringender Handlungsbedarf besteht. An Jagdpachteinnahmen sind im Jahr 198,47 €/a mit Jagdpacht geplant – analog dem Jahr 2012.

Die aktuelle Forsteinrichtung ist derzeit in Arbeit. Die Planungsgrößen für das Jahr 2013 sind in etwa mit den Ergebnissen der Jahre 2010-2012 gleich.

Der vorgetragene Bericht zum Waldbewirtschaftungsplan für das Jahr 2013 wird durch dem Stadtrat zugestimmt und dem Revierförster für seine Arbeit gedankt.

#### **Beschluss-Nr. 46/219/2012**

Der Stadtrat beschließt den vorliegenden Waldbewirtschaftungsplan für den Kommunalwald Schleusingen für das Haushaltsjahr 2013.

Der Beschluss wird mit 19 Für-Stimmen gefasst.

#### **Tagesordnungspunkt 4: - Jahresantrag Städtebaufördermittel 2013 -**

Zu diesem Tagesordnungspunkt informiert Bauamtsleiter M. Mitulla, dass der Kostenrahmen für das Programmjahr 2013 483 T€ beträgt. Die Einzelmaßnahmen für die Stadtsanierung sind in der vorliegenden Aufstellung enthalten.

Die Haushaltsmittel sind im Haushalt 2013 mit 255 T€ eingestellt. Die Differenz wird über die Bildung von Haushaltsresten aus nicht verbrauchten Mitteln (Georg-Ernst-Str., Johanniskirche und Kirchstraße 6/8) des Jahres 2012 finanziert.

Durch den Bürgermeister wird davon ausgegangen, dass in spätestens 3 Jahren die Stadtsanierung beendet und hierfür die Abrechnung erfolgt ist. Momentan sind die letzten 3 Sanierungsmaßnahmen in Arbeit.

#### **Beschluss-Nr. 47/220/2012**

Der Stadtrat beschließt, den Jahresantrag 2013 in der vorliegenden Form zu bestätigen.

Der Beschluss wird mit 18 Für-Stimmen gefasst.

Stadtrat Hotop hat an der Beratung u. Abstimmung aufgrund § 38 ThürKO als Gemeindegemeinderatsvorsitzender nicht teilgenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 5: - Nachtragshaushalt für das Jahr 2013 -**

Zur Einführung zum Tagesordnungspunkt erläutert der Bürgermeister, dass im Jahr 2012 800 T€ Rücklagenentnahme geplant waren. Voraussichtlich müssen nur 200 T€ entnommen werden.

Für das Gewerbegebiet Sättel ist eine Rücklagenentnahme von 3,3 Mio € erforderlich; die Einnahmen in Form von Erschließungsbeiträgen für das Gewerbegebiet kommen erst in ca. 3 Jahren.

Die Stadt verschenkt Geld, da sie gemäß Beschluss des Stadtrates nicht die Steuern einnimmt, die sie lt. Gesetz einnehmen müsste.

Durch die Kämmerin wurden alle erheblichen Änderungen der Einnahmen u. Ausgaben im Nachtragshaushalt eingearbeitet. Die Änderungen wurden im Hauptausschuss am 15.11. erläutert.

Im Verwaltungshaushalt wurden Veränderungen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Großgemeinde St. Kilian sowie Änderungen bei den Schlüsselzuweisungen aufgrund des Thür. Finanzausgleichsgesetz eingearbeitet. Die Kreisumlage wurde angepasst; der aktuelle u. endgültige Umlagesatz liegt bisher noch nicht vor.

Im Vermögenshaushalt wurden die Kosten u. Fördermittel für das Gewerbegebiet Sättel aktualisiert. Weiterhin wurde die Zuführung von 1 Mio € an die Kapitalrücklage der Wohnungsgesellschaft für den Neubau des Gebäudes Markt 23 im Haushalt berücksichtigt sowie die Kosten für die Buswendeschleife in Geisenhöhn. Bei der Feuerwehr wurde die Ersatzbeschaffung eines Transporters eingearbeitet.

Nach Festlegung im Hauptausschuss wurde die Straßenbaumaßnahme Haardtstraße vom Haushaltsjahr 2013 in das Jahr 2014 verschoben.

Dem Vermögenshaushalt können 17.835 € weniger zugeführt werden. Zur Finanzierung des Nachtragshaushaltes mussten der Rücklage zusätzlich 3.063.235 € entnommen werden. Die Entnahme beträgt somit 3.893.390 €

Die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern bleiben unverändert. Damit werden die Bürger von weiteren Steuererhöhungen verschont. Die Stadt wird dadurch bei den Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2015 schlechter gestellt u. muss das Defizit im Haushalt ausgleichen. Es ist deshalb demnächst darüber zu beraten, wie in den kommenden Jahren zu den Steuern zu verfahren ist.

Durch Stadtrat P. Schlütter wird im Auftrag des SC 07 angefragt, ob die durch den Verein zu zahlenden Gewerbesteuern an die Stadt in Form eines Zuschusses für die Baumaßnahme Sanitärtrakt am Vereinsheim durch die Stadt an den Verein wieder zurückfließen können. Dies ist jedoch nach Haushaltsrecht nicht möglich.

Für die Investition in städtisches Eigentum kann evtl. eine andere Unterstützungsmöglichkeit durch die Stadt erfolgen.

Stadtrat Heinrich stellt eine Anfrage zu den versagten Fördermitteln für die Kläranlage, die für den Anschluss des Gewerbegebietes „Am Sättel“ erforderlich sind.

***(Anmerkung zur Niederschrift: Stadtrat Neumann verlässt kurzzeitig den Beratungsraum)***

#### **Beschluss-Nr. 48/221/2012**

Der Stadtrat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013.

Der Beschluss wird mit 18 Für-Stimmen gefasst.

***(Anmerkung zur Niederschrift: Stadtrat Neumann nimmt diesem Zeitpunkt wieder an der Sitzung teil.)***

#### **Beschluss-Nr. 49/222/2012**

Der Stadtrat beschließt den 1. Nachtrag des Finanzplanes einschließlich des Investitionsprogramms für die Jahre 2012 bis 2016 für die Stadt Schleusingen.

### **Tagesordnungspunkt 6: - Mitgliedschaft im KET -**

Die E-ON beabsichtigt, seine an der E.ON Thüringer Energie AG gehaltenen Aktien an Kommunen zu veräußern. Durch die KEBT wurde der Beschluss gefasst, für einen möglichen Erwerb der durch die E.ON gehaltenen Aktien einem Energiezweckverband beizutreten.

Die Sachdarstellung wurde eingehend in Presse und Fernsehen dargelegt und war Gesprächsthema der Hauptausschusssitzung am 15.11.2012. Dort wurden die Fraktionen beauftragt, sich eine Meinung zu bilden und in Form eines Statements zur Stadtratssitzung ihren Standpunkt darzulegen.

Durch den Fraktionsvorsitzenden der CDU A. Mastaler werden Chancen und Risiken, die der Beitritt zum Kommunalen Energiezweckverband Thüringen birgt, dargelegt und Informationen zur Historie der KEBT gegeben. Dabei wird klar, dass die E-ON Thüringen seine Aktien wegen des geringen Jahresüberschusses verkauft. Der Kauf von 53 % der Aktien kann nur über Kredite finanziert werden.

Durch die E-ON besteht ein Altkredit von 400 Mio Euro, die der zu gründende Zweckverband übernehmen muss - bei Zinszahlung müsste die Stadt mit ca. 8,8 Mio € in die Haftung gehen. Zudem muss in die Stromnetze investiert werden. Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien ist zudem die Energiemarkt-Entwicklung offen. Der Kaufpreis der Aktien beträgt 567 Mio €.

Ein Beitritt zum Zweckverband würde für die Stadt auch Haftung bedeuten, wobei das finanzielle Risiko nicht abgedeckt werden kann.

Das Finanzierungsmodell beruht auf einem Zeitraum von über 17 Jahren auf fiktiven Zahlen und ist deshalb unverantwortlich. Das ist Spekulation höchsten Grades und deshalb lehnt die CDU den Beitritt ab. Die Stadt Schleusingen hält 11.478 der E-ON-Aktien, was einer Beteiligung von 0,389 % entspricht.

Herr Hotop von der SPD-Fraktion schließt sich der Meinung der CDU nicht an. Den Kommunen werden mit der Bildung des Energiezweckverbandes Möglichkeiten für Einnahmen geboten. Es ist ein Unternehmen der öffentlichen Daseinsfürsorge, das in kommunalen Händen bleiben sollte u. damit auch den Erhalt von knapp 1400 Arbeitsplätzen sichert.

Die Fraktion Die Linke spricht sich dafür aus, dem Verband beizutreten. Adelbert Schlütter erinnert, dass zurzeit die verschiedensten Zahlen kursieren, was das Unternehmen wert ist – von 1,2 Milliarden bis 200 Millionen Euro. Mit dem Beitritt zum Zweckverband hat die Stadt die einmalige Chance zur Gründung eines überregionalen Zweckverbandes und die Energieversorgung in kommunale Hand zu bekommen. Gegebenenfalls könne man auch wieder aus dem Zweckverband austreten.

Die Fraktion der Freien Wähler, Herr Frenzel, weist darauf hin, dass – wenn ein Unternehmen seine Mehrheitsanteile verkauft, etwas nicht in Ordnung sein kann. Die E-ON und auch die Landespolitik werden kritisiert für den Zeitdruck, der auf die Kommunen mit dem Beitritt ausgeübt wird. Daher wird durch die Fraktion FWG keine Zustimmung erteilt.

Dieser Meinung schließt sich auch Stadtrat Vollmar (FDP) an. Ein Geschäft solcher Größenordnung wird normalerweise über Jahre vorbereitet u. nicht in wenigen Wochen durchgeführt. Er weist auch auf das technische Problem hin. Der Zweckverband muss in die Netze investieren u. die Umsetzer-Stationen nachrüsten. Die Kosten können nur über Strompreise finanziert werden, die dann enorm ansteigen.

Stadtrat Thomas Amarell informiert zu den Umsatzrenditen des Unternehmens E-On. Der Unternehmenswert wird lt. Presse mit 1,8 Milliarden beziffert.

Das Unternehmen wird beworben, ohne dass konkrete Zahlen vorliegen. Deshalb kann man keine Empfehlung zum Beitritt geben.

Abschließend wird durch den Bürgermeister die sachlich gute Diskussion der Fraktionen gelobt. Den Kommunen hätte man von Seiten der Landesregierung als auch von E-ON sagen müssen, was finanziell auf sie zukommen kann. Dann hätten sicherlich einige Kommunen nicht ihre Zustimmung zum Beitritt gegeben. Grundsätzlich ist der Bürgermeister für die kommunale Komponente von Strom, Gas, Wasser u. Abwasser sowie Gesundheitswesen unter kommunalem Einfluss. Gegenwärtig ist dies mit dem 37 %igen Anteil an der Kommunalen Energiebeteiligungsgesellschaft gegeben. Für Kommunen ist es nicht typisch, Aktien zu erwerben, da dies spekulativ ist.

Der Beitritt zum Zweckverband ist eine Art Verstaatlichung. Die Aufsichtsräte werden nach Regierungsmehrheiten besetzt.

Durch Stadtrat Hahn erfolgt der Antrag lt. Geschäftsordnung auf namentliche Abstimmung. Dem Antrag wird nach Abstimmung mit 19 Für-Stimmen stattgegeben.

Die Beschlussfassung muss durch den Stadtrat nach vorgegebenem Vordruck erfolgen.

### **Beschluss-Nr. 50/223/2012**

Der Stadtrat Schleusingen stimmt dem Beitritt zum Zweckverband „Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)“ auf der Grundlage der Verbandssatzung, Stand 15.10.2012 (siehe Anlage 2), zu. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die hierfür erforderlichen Schritte durchzuführen.

Beratungsergebnis: abgelehnt

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 3

Enthaltungen: 4

### **Namentliche Abstimmung:**

für bei Beitritt haben gestimmt:

Hotop, A. Schlütter, Heinrich

Stimmenthaltungen:

Amarell, Didschuneit, P. Schlütter, Brodführer

gegen den Beitritt haben gestimmt:

Bühner, Mastaler, Dobberkau, Weiß, Klett, Heß, Hahn, Eckardt, Werneburg,

Neumann, Frenzel, Vollmar

### **Tagesordnungspunkt 7: - Rückabwicklung vorhabenbezogener Bebauungsplan Wohnheim „Haus Bienenkorb“ Rappelsdorf -**

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt und zur Beratung an den Ausschuss Bauwesen/Wirtschaft/Ordnung verwiesen. Dies findet die Zustimmung aller Ratsmitglieder.

### **Tagesordnungspunkt 8: - Beteiligungsbericht -**

Durch die Kämmerin wird der erarbeitete Beteiligungsbericht der Stadt Schleusingen für das Jahr 2011 erläutert. Die Stadt hat gemäß Thür. Kommunalordnung jährlich einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Recht, an dem sie



unmittelbar beteiligt ist bzw. mittelbar bei einer Beteiligung von mehr als 25 v. H. oder einer Bilanzsumme des Unternehmens, die 3,438 Mio € überschreitet, zu erstellen.

Die Stadt ist an 4 Unternehmen unmittelbar beteiligt:

1. Wohnungsgesellschaft mbH Schleusingen	100,00 %
2. Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft (KEBT)	1,0769 %
3. Henneberg-Kliniken Besitzgesellschaft mbH Hildburgh.	16,20 %
4. regioMed Kliniken GmbH	4,0 %

Mittelbar beteiligt ist die Stadt an der E.ON Thür. Energie AG mit 0,3879 %.

Der gesamte Berichtsbericht ist auf im Intranet eingestellt und somit für alle Ratsmitglieder einsehbar. Weiterhin liegt der Bericht in Schriftform in der Kämmererei vor.

In Auswertung der Ergebnisse der Unternehmen, an denen die Stadt Schleusingen unmittelbar und mittelbar beteiligt ist, kann eingeschätzt werden, dass für das Jahr 2011 keinerlei Zuschüsse gezahlt werden müssen.

***(Anmerkung zur Niederschrift: Stadträtin Didschuneit verlässt kurzzeitig den Beratungsraum u. nimmt an der Abstimmung nicht teil.)***

#### **Beschluss-Nr. 51/224/2012**

Der Stadtrat bestätigt den Berichtsbericht für das Jahr 2011 über die Beteiligungen an Unternehmen durch die Stadt Schleusingen.

Der Beschluss wird mit 18 Für-Stimmen gefasst.

#### **Tagesordnungspunkt 9: - Ergänzungssatzung „Alter Silbacher Weg“ -**

*(Anmerkung zur Niederschrift: Stadtrat Dobberkau verlässt zu diesem TOP den Beratungstisch des Stadtrates.)*

Fam. Dobberkau, Schillerstraße 15, beantragen die Aufstellung einer Ergänzungssatzung für das Flurstück 94/2 in der Flur 9 Gemarkung Schleusingen.

Das Flurstück in der Ilmenauer Straße soll mit einem Einfamilienhaus bebaut werden und liegt derzeit im Außenbereich. Durch Aufstellung einer Ergänzungssatzung wird dieses Flurstück dem Innenbereich zugeordnet und eine Bebauung wäre möglich.

Die anfallenden Verfahrenskosten tragen die Antragsteller.

Der Ausschuss Bauwesen/Wirtschaft/Ordnung empfiehlt in seiner Sitzung am 01.11.2012 mehrheitlich dem Stadtrat, der Aufstellung einer Ergänzungssatzung für das Flurstück 94/2 in der Flur 9 Gemarkung Schleusingen zuzustimmen.

Durch Bauamtsleiter Mitulla erfolgt der Hinweis, dass nach Rücksprache mit der Bauaufsicht im Landratsamt diese Ergänzungssatzung genehmigungsfähig ist. Bei der heutigen Ratssitzung ist jedoch nur eine Grundsatzentscheidung durch den Stadtrat zu fällen.

#### **Beschluss-Nr. 52/225/2012**

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung einer Ergänzungssatzung für das Flurstück 94/2 in der Flur 9 Gemarkung Schleusingen.

Die anfallenden Verfahrenskosten tragen die Antragsteller.

Der Beschluss wird mit 17 Für-Stimmen gefasst.

Stadtrat Dobberkau hat an der Beratung u. Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt gemäß § 38 ThürKO nicht teilgenommen.

*(Anmerkung zur Niederschrift: Stadträtin Didschuneit nimmt zu diesem Zeitpunkt wieder an der Sitzung teil.)*

**Tagesordnungspunkt 10:** - Ausbau Straße des Friedens -

Anlass für die Planung ist die dringend erforderliche Verbesserung der Verkehrssicherheit und Qualität auf Grund des sehr schlechten Straßenzustandes. Der Ausbauzustand der Straße entspricht in keiner Weise mehr den Anforderungen des heutigen Straßenverkehrs sowohl von der Unebenheit der Straßenoberfläche her, als auch von der mangelnden Ordnung der Entwässerungsverhältnisse. Im Laufe der Jahre sind durch die Erhöhung des Verkehrsaufkommens und die wechselnden Umwelteinflüsse eine Vielzahl von Schadstellen in der Fahrbahn entstanden, wie Rissbildungen in Rand- und Nahtbereichen, Rissbildungen durch Bitumenausmagerungen und Splittverluste sowie Ausbrechen des Asphaltbelages auf der Fahrbahn und im Randbereich.

Die Planung beinhaltet den Ausbau von der Einmündung Gartenstraße bis an das Flurstück der Eigentümergemeinschaft Straße des Friedens 18 + 20.

Durch Bauamtsleiter Mitulla wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 11 der seit August 2012 rechtskräftigen Straßenausbaubeitragssatzung ein Beschluss zur Durchführung der beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahme zu fassen ist, sonst darf die Stadtverwaltung keine Gebühren einziehen.

**Beschluss-Nr. 53/226/2012**

Der Stadtrat beschließt die Ausführung der beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahme „Ausbau Straße des Friedens“ in Schleusingen.

Der Beschluss wird mit 18 Fürstimmen u. 1 Gegenstimme gefasst.

**Tagesordnungspunkt 11:** - Ausbau Haardtstraße -

Auf Grund des schlechten Zustandes der Haardtstraße macht es sich nach wiederholtem Aufschub nun unbedingt erforderlich, die Haardtstraße vom Abzweig Schlachthofstraße bis zur Fischbacher Straße (ca. 300 m) in den kommenden Jahren zu sanieren.

Die Planung zu dieser Maßnahme erfolgt in diesem Jahr, die Ausschreibung wird im kommenden Jahr erfolgen. Der Ausbau ist laut Festlegung des Hauptausschusses aus haushaltstechnischen Gründen in das Jahr 2014 verschoben worden.

Analog dem Ausbau Straße des Friedens ist auch hierzu gemäß § 11 der seit August 2012 rechtskräftigen Straßenausbaubeitragssatzung ist ein Beschluss zur Durchführung der beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahme zu fassen.

**Beschluss-Nr. 54/227/2012**

Der Stadtrat beschließt die Ausführung der beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahme „Ausbau Haardtstraße“ in Schleusingen.

Der Beschluss wird mit 18 Für- u. 1 Gegenstimme gefasst.

**Tagesordnungspunkt 12:** - Bestätigung überplanmäßiger Kosten Kreisumlage -

Zum Zeitpunkt der Planung des Doppelhaushaltes 2012/2013 war die Kreisumlage noch nicht festgesetzt. .

Laut Kreisumlagebescheid 2012 beträgt der Umlagesatz 37,28 % - dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,01 %. Somit muss eine Kreisumlage von 1.478.054,61 € gezahlt werden; dies sind 90.054,61 € mehr als im Haushalt für das Jahr 2012 zur Verfügung stehen.

**Beschluss-Nr. 55/228/2012**

Der Stadtrat bestätigt überplanmäßige Kosten in Höhe von 74.930,77 € bei der Haushaltsstelle 90000.83200 – Kreisumlage.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 90000.00300 – Gewerbesteuer.

Der Beschluss wird mit 19 Fürstimmen gefasst.

**Tagesordnungspunkt 13:** - *Zweckvereinbarung Standesamt* -

Aufgrund des Thür. Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit schließen die Stadt Schleusingen, die Großgemeinde St. Kilian sowie die Gemeinde Nahetal-Waldau eine Zweckvereinbarung für die Aufgaben im Standesamt ab. Diese wurde in Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern der beteiligten Gemeinden erarbeitet.

Die Gemeinden St. Kilian und Nahetal-Waldau übertragen dabei der Stadt Schleusingen die durch die Gemeinden zu erbringenden Aufgaben nach dem Personenstandsgesetz.

In der Zweckvereinbarung ist weiterhin die Finanzierung und die Mitwirkung der Gemeinden geregelt sowie das zur Erfüllung der Aufgaben erforderliche fachliche Personal.

Durch den Bürgermeister wird erläutert, dass im Ergebnis des Gesprächs mit den beiden Bürgermeistern von Nahetal-Waldau sowie St. Kilian ein Personalschlüssel von 0,833 Vbe für das Standesamt als Berechnungsgrundlage festgelegt wurde. Der Betrag für die Standesamtumlage ist jedes Jahr anders, da Anschaffungen für das Standesamt und Betriebskosten bei der Abrechnung mit berücksichtigt werden.

Die vorliegende Zweckvereinbarung muss noch von der Kommunalaufsicht im Landratsamt genehmigt werden.

**Beschluss-Nr. 56/229/2012**

Der Stadtrat Schleusingen beschließt, der vorliegenden Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Nahetal-Waldau sowie der Großgemeinde St. Kilian für die durch die Stadt Schleusingen zu erbringenden Aufgaben nach dem Personenstandsgesetz zuzustimmen.

Der Beschluss wird mit 18 Für- u. 1 Gegenstimme gefasst.

**Tagesordnungspunkt 14:** - *Hinweise der Ortsbürgermeister* –

- Durch Ortsbürgermeister Amarell wird angefragt, ob die Reparatur der Turmuhr in Rappelsdorf beim ortsansässigen Uhrmacher in Auftrag gegeben wurde. Nach Aussage des Bauamtsleiter wurde die Turmuhrreparatur bei der Fa. Knipping für 450 € beauftragt, da auf Anfrage der Rappelsdorfer Uhrmacher Herr Neumann diese Uhr nicht reparieren kann.
- Zum Stand des Spielplatzes fragt Ortsteilbürgermeister Heß an. Die Spielgeräte für Geisenhöhn sind geliefert u. im Bauhof eingelagert. Im Frühjahr werden die Spielgeräte am Vereinsheim aufgestellt.

**Tagesordnungspunkt 15: - Informationen des Bürgermeisters -**

- Zur schriftlich eingereichten Anfrage des Stadtrates Hotop wird durch den Bürgermeister mitgeteilt, dass am 11.12. eine Einwohnerversammlung stattfindet. Eine weitere Einwohnerversammlung fand u. a. im Vorjahr in Gethles zum Thema DSL statt. 2011 wurde keine Einwohnerversammlung durchgeführt. Ortsteile müssen lt. Thür. Kommunalordnung die Durchführung von Einwohnerversammlungen zu bestimmten Themen beantragen.
- Zur Frage nach dem Datenschutz in der Stadtverwaltung wird durch den Bürgermeister mitgeteilt, dass die PC's durch Passwörter geschützt und die Mitarbeiter zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.
- Der Bürgermeister bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Stadtrat Hotop, der die Einladung nach Berlin in die Livesendung „log in“ ZDF info -Hauptstadtstudio „Kampflos ergeben - Sind wir gegen Rechts gerüstet?“ für den Bürgermeister wahrgenommen hat. Dort berichtete er über die Erfahrungen der Stadt Schleusingen im Kampf gegen rechte Gewalt.
- Die Ausschreibung für das geplante Stadtleitsystem wurde durch die Stadtverwaltung an Schleusinger Werbefirmen versendet. Bisher existiert jedoch noch ein gültiger Werbevertrag mit der Fa. Rittweger. Dieser wird vertragsgemäß durch die Stadtverwaltung gekündigt, um dann die Vorstellungen zum Stadtleitsystem verwirklichen zu können. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang auch die Ausschilderung zum Schloss Bertholdsburg vom Markt aus, da Gäste oftmals den Weg nachfragen.
- In der Bibliothek gilt derzeit eine krankheitsbedingte Öffnungszeiten – jeden Donnerstagnachmittag ist diese geöffnet. Bei Interesse wäre die Bildung eines Fördervereins für die Bibliothek sinnvoll.
- Durch Stadtrat Heinrich wird zum Stand der Verlegung der Bushaltestelle im Bereich der Schlosskreuzung nachgefragt. Der Bürgermeister informiert, dass eine Machbarkeitsstudie in der Verwaltung vorliegt. In der nächsten Stadtratssitzung erfolgt in einem Tagesordnungspunkt die Vorstellung zur Verlegung des Busbahnhofs.
- Stadträtin Didschuneit fragt zur Arbeit des Präventionsrates an. Derzeit befinden sich an Straßenlaternen im Stadtgebiet Aufkleber des BZH. Gegebenenfalls wird durch den Bürgermeister eine Sitzung im Februar einberufen. Zu den Aufklebern gibt es ein rechtliches Problem; es kann nur belangt werden, wer diese nachweislich angebracht hat.
- In der Friedhofssatzung ist ein Passus einzufügen, dass keine Kränze mit fremdenfeindlichen Symbolen u. Schriften auf dem Friedhof niedergelegt werden dürfen – darauf weist Stadtrat Hotop hin. Durch ihn wurde ein Kranz mit Aufschrift des BZH vom Friedhof entfernt, der zum Volkstrauertag an den Soldatengräbern niedergelegt wurde.
- Durch Stadtrat P. Schlütter erfolgt der Hinweis, im 1. Halbjahr 2013 das Gymnasium in die Stadtratssitzung einzuladen, um dort zu Schülerzahlen und Alumnat eine Aussage zu treffen. Der Bürgermeister wird im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss dieses Thema zeitnah auf die Tagesordnung für den Stadtrat setzen.

**Ende der öffentlichen Sitzung: 20:30 Uhr**

gez.

**Klaus Brodführer**  
**Bürgermeister**

gez.

**Carmen Imber**  
**Schriftführerin**